

Presseinformation

19. September 2023

LH-Mikl-Leitner zur FMA: „Diese Herrschaften haben Bezug zur Realität verloren“

Normalverdiener muss Möglichkeit haben, sich Eigenheim zu schaffen

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner geht mit den Vorständen der Finanzmarktaufsicht hart ins Gericht: „Die hartnäckige Weigerung der weisungsfreien FMA ihre Regeln für die Vergabe von Immobilienkrediten zu entschärfen, zeigt leider, dass diese Herrschaften völlig den Bezug zur Realität verloren haben. Es gibt de facto keine Ausfälle bei den Wohnkrediten, aber die Kreditvergabe ist massiv eingebrochen. Trotzdem hält die FMA weiterhin an ihrem völlig überzogenen Regelwerk fest und legt damit allen Menschen, die sich ein Eigentum schaffen wollen, Steine in den Weg. Ich halte das für absolut unverantwortlich.“

Darüber hinaus ergänzt die Landeshauptfrau: „In anderen Ländern wird mit Vernunft gehandelt, deshalb gibt es immer mehr Fälle, wo Landsleute auf Banken aus Deutschland ausweichen müssen, wo es diese überschießenden Regeln in dieser Form nicht gibt. Die Häuslbauerinnen und Häuslbauer haben mit der aktuellen Zinslandschaft und gestiegenen Baukosten zu kämpfen, da braucht es nicht noch zusätzliche behördliche Hürden, die ihnen das Leben schwer machen. Ich erwarte mir von den FMA-Vorständen, dass sie ihren Elfenbeinturm verlassen und ihre Regeln endlich an die Realität anpassen. Meines Erachtens muss man diese Verordnung sofort ersatzlos streichen. Wir wollen, dass sich Normalverdienerinnen und Normalverdiener weiterhin Wohnraum leisten können. Ein eigenes Dach über den Kopf ist schließlich die beste Altersvorsorge und ich will nicht, dass diese Möglichkeit nur mehr Spekulanten und Spitzenverdienern in diesem Land offensteht.“

Und „selbstverständlich“ sei es auch „gescheit“ über die Ausdehnung der Rückzahlungszeiträume zu diskutieren, so die Landeshauptfrau: „Für Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, ist ein Rückzahlungszeitraum von 40 Jahren problemlos machbar. Ein längerer Rückzahlungszeitraum würde die monatliche Belastung für die Häuslbauerinnen und Häuslbauer weiter spürbar verringern.“

Presseinformation